

## Kapitel 5: Zusammen leben



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller\*in: Anna Deparnay-Grunenberg (KV Stuttgart)

### Änderungsantrag zu PB.Z-01

#### Von Zeile 1032 bis 1034:

fördern. Kommunen und Regionen brauchen mehr Mitsprache auf europäischer Ebene, unter anderem über einen gestärkten Ausschuss der Regionen. ~~Bei~~Zur Umsetzung von Lokalen Green Deals setzen wir bei der Gestaltung und Vergabe von Förderprogrammen ~~setzen wir~~ auf das Partnerschaftsprinzip und unterstützen lokale Unternehmen dabei, ihren Beitrag zu leisten.

### Begründung

Für die Umsetzung der EU Klimaschutzziele und des Europäischen Green Deals spielen die europäischen Kommunen und Regionen eine wesentliche Rolle. Um den Green Deal in den Kommunen vor Ort konkret und erlebbar zu machen, brauchen wir also "Lokale Green Deals."

Kommunen und Regionen sollten ihr Potential und ihre Verantwortung erkennen und befähigt werden, bei der Umsetzung des Green Deals vor Ort aktiv mitzuwirken. Konkret können sie Ihre Förderprogramme und Vergabepraktiken klimawirksam ausrichten und lokale Unternehmen dabei unterstützen (informieren, co-finanzieren etc.), eine umfassende ethische Evaluierung - inklusive ihres CO2 Fußabdruck- zu durchlaufen. Eine solche Evaluierung könnte zum Beispiel auf den Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie oder ähnlichen Bilanzierungsmethoden basiert sein.

Die Unternehmen könnten durch den Bilanzierungsprozess feststellen, wie sozial, ökologisch, demokratisch und menschengerecht sie wirtschaften, insbesondere wie ihre Geschäftspraktiken sich auf das Klima und den Biodiversitätsverlust auswirken. Diese Einschätzung würde den Unternehmen helfen, sich und ihre gesamten Lieferketten langfristig nachhaltiger und klimagerechter auszurichten. Auch Kooperationen und Netzwerke, die ethisches Wirtschaften unterstützen, könnten dadurch vor Ort gestärkt und künftig eine Stimme für zukunftsfähiges Wirtschaften bilden. Wie wir bereits heute sehen, sind solche Netzwerke eine starke Unterstützung grüner Wirtschaftspolitik vor Ort.

### weitere Antragsteller\*innen

Ralf Zwengel (KV Frankfurt); Gabriele Trah (KV Frankfurt); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Josef Frey (KV Lörrach); Judith Bogner (KV Mühlendorf); Katja Raiher (KV Lüneburg); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Burkhard Köppen (KV Traunstein); Tim Weinert (KV Stuttgart); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Roman Wick (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Harald Ebner (KV Schwäbisch Hall); Muhterem Aras (KV Stuttgart); Florian Große (KV Freiburg); Lena Ulrich (KV Frankfurt); Sylvia Dorn (KV Ortenau); Annette Reif (KV Tuttlingen); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Hannah Heller (KV Speyer); Dietmar Lust (KV Freudenstadt); Daniel Frank (KV Frankfurt); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Karsten Hoffmann (KV Freiburg); Christa Tast (KV Stuttgart); Andrea Nunne (KV Hamburg-Nord); Agnes Fuge (KV Frankfurt); Daniel Belling (KV Mannheim); Antigone Kiefner (KV Freiburg); Luca Secci (KV Stuttgart); Baptiste Aguila (KV Berlin-

Mitte); Julia Hildenbrand (KV Heidelberg); Karl-Heinz Trick (KV Ortenau); Corinna Fritz (KV Stuttgart); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Hubert R. Schübel (KV Stuttgart); Ulrich Fellmeth (KV Stuttgart); Petra Pfendtner (KV Stuttgart); Walter König (KV Darmstadt-Dieburg); Peter Dennebaum (KV Groß-Gerau)